

# DSTG *magazin* 6

*Gewerkschaftsorgan der  
Deutschen Steuer-Gewerkschaft  
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung*

*Juni 2004  
53. Jahrgang*

*Fritz Kuhn, MdB, erläuterte  
beim DSTG-Bundeshauptvor-  
stand die dienst- und steuer-  
rechtlichen Vorstellungen von  
Bündnis 90/Die Grünen.*



**Falsches Spiel der Länder bei Kompetenzgerangel**

**Einig in Kiel: Ranking der Ämter ist unseriös**

**In Rheinland-Pfalz rückt Stefan Bayer auf Platz eins**



## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei der letzten Steuerschätzung mussten die zu erwartenden Einnahmen wieder nach unten korrigiert werden. Die Finanzminister des Bundes und der Länder stehen vor noch größeren Haushaltsproblemen. Mit wechselseitigen Schulduweisungen versuchen sie dem stauenden Volk die schlechte Nachricht zu vermitteln. Dass die Länderfinanzminister und zwar unabhängig von ihrer politischen Coleur ein Stück mit Schuld an der Misere sind, verschweigen sie geflissentlich. Die Steuerhinterziehung hat Hochkonjunktur, der organisierte Umsatzsteuerbetrug boomt, zwei Problembereiche, die mit vermehrtem Personaleinsatz entschärft werden könnten. Aber die Finanzminister tun das Gegenteil. Sie bauen in den Finanzämtern Personal ab und nicht auf. Dabei kennen die Finanzminister die Misere genau. Sie können sich aber offenbar bei den Ministerpräsidenten und den Staatskanzleien nicht mehr durchsetzen. Wir alle sind aufgefordert, den Finanzministern den Rücken zu stärken und sie zu drängen, dem Stellenwert der Finanz- und Steuerverwaltung Vorrang zu verschaffen. Ohne Geld fällt es schwer Politik zu machen. Dies müsste auch den Ministerpräsidenten vermittelbar sein.

Die Arbeitslage in den Finanzämtern ist prekär. Darauf weisen wir als Deutsche Steuer-Gewerkschaft seit Jahren hin. Nun hat sich die Zeitschrift Capital an einem „Ranking“ der Finanzämter versucht. Vorsicht Finanzamt! lautete die verkaufsfördernde Überschrift. Vorsicht vor falschen Schlüssen! ist die Antwort der DSTG. 2 805 Fragebögen, die von Steuerberatern ausgefüllt wurden, können nicht als repräsentativ gelten. Sie geben Einzelmeinungen wieder und sind von Zufälligkeiten bestimmt. Die Gewichtung der einzelnen Antworten ist ebenfalls problematisch.

Gleichwohl – es gibt Unterschiede in der Bearbeitung, im Erscheinungsbild der Finanzämter

und in der Personalausstattung. Dies haben aber nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu vertreten, sondern liegt zum großen Teil an den zu knappen Ressourcen.

Das Capital-Ranking sagt nichts über die fachliche Qualität der Kolleginnen und Kollegen und auch nichts über ihr persönliches Engagement aus. Die Kolleginnen und Kollegen der Top Ten Finanzämter werden sich freuen, die in den „Flop Ten“ sich ärgern und ungerecht bewertet fühlen. Ein Ranking bringt zwangsläufig mit sich, dass einer als Erster und ein anderer als Letzter rangiert, selbst wenn die Unterschiede dazwischen minimal ausfallen. Die DSTG warnt die Verantwortlichen jedenfalls davor, aus dem Zufallsergebnis falsche Schlüsse zu ziehen.

Das Fass zum Überlaufen brachte aber die Überschrift „Beamte ruinieren den Staat“ im Magazin Stern. Während der Artikel sich mit den hohen Kosten aller öffentlich Bediensteten auseinandersetzt, suggeriert die Überschrift, dass ausschließlich die Beamten am angeblichen Ruin Schuld seien. Kein Wort über die engagierte, den Staat erhaltende, das Funktionieren des Gemeinwesens sichernde, hervorragende Arbeit. Einzig und allein wird auf dem Kostenfaktor herumgeritten. Die Sternredakteure müssen aber wissen, dass Beamte nicht nur als Kostenstellen anzusehen sind. Beamte verdienen weniger als „Sternredakteure“, sie haben auch eine schlechtere Altersversorgung als die Journalisten. Wer Neid schürt, wird irgendwann selbst zur Zielscheibe. Auch die Redakteure sitzen auf Kostenstellen in ihrem Verlag. Wenn die gescholtenen Beamtinnen und Beamten die Zeitschrift nicht mehr kaufen, werden diese Kostenstellen schnell beseitigt.

Beamte bringen sich täglich mit voller Hingabe für ihren Staat ein, andere meckern und kritisieren, ohne dass sie positivere Perspektiven aufzeigen. Sie haben nämlich vielfach keine. Sie fordern vom Staat, tun aber nichts für den Staat. Dies hilft uns am wenigsten weiter.

Mit kollegialen Grüßen

*Jhr  
Dieter Ondracek*

**IMPRESSUM:** Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-6 00, Telefax (030) 20 62 56-6 01, Internet: www.dstg-verlag.de, E-Mail: dstg-bund@t-online.de. Verantwortlich: Dieter Ondracek, Rafael Zender. Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-6 50, Telefax (030) 20 62 56-6 01, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Fotos: M. Darching, DSTG-Archiv, Fiegel. Anzeigenverwaltung DSTG magazin: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Elke Schmidt, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (030) 20 62 56-6 50, Telefax (030) 20 62 56-6 01, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. Anzeigenpreisliste Nr. 23 gültig ab 1. Januar 2002. Nachdruck honorarfrei gestattet. Gestaltung: Marian Neugebauer. Bezugsbedingungen: Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar. **HERAUSGEBER DER dbb-SEITEN:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, S (030) 40 81-40, Telefax (030) 40 81-55 98. Internet: www.dbb.de. E-Mail: magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz, Rüdiger von Woikowsky; Redaktion: Jan Brenner, Britta Müller, Siegfried Speichert, Dr. Frank Zitka; Redaktionssekretärin: Sabrina Bruns. Redaktionsschluss am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Fotos:** dpa, Fiegel, MEV. **Verlag:** dbb Verlag GmbH. **Verlagsort und Bestellschrift:** Reinhardtstr. 29, 10117 Berlin, Telefon (030) 7 26 19 17-0, Postbank: Köln 2017 04-503. **Versandort:** Düsseldorf. **Herstellung und Anzeigen:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. **Anzeigenleitung:** Ulrike Niggemann. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrisovergis, Tel. (02 01) 8 71 26-9 45, **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, Telefon (02 11) 73 57-5 63, Telefax (02 11) 73 57-5 07. **Anzeigentarif Nr. 45 (dbb magazin).** **Druckauflage dbb magazin:** 685.800 Exemplare (IVW 4/2003). **Vertrieb:** Heike Lohe, Tel. (02 11) 73 57-8 54, Telefax (02 11) 73 57-8 91. **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN 0178-207X**

## DSTG

Falsches Spiel der Länder bei Kompetenzgerangel	4–5
Jochim Rothe feiert 60. Geburtstag	5
Einig in Kiel: Ranking der Ämter ist unseriös	5–6
In Rheinland-Pfalz rückt Stefan Bayer auf Platz eins	7
Frische Gesetze zur Reparatur zurückgerufen	8
Personalratswahlen in NRW: „DSTG – worauf Sie sich verlassen können!“	10
Endspurt bei Reformprozess im Tarifrecht	12
Schirmherren für Marathon bitte melden	12
Grüner Pfeil: Erst warten – dann starten	14
Tauschcke	15

## dbb

<b>In eigener Sache</b>	17
<b>Berufspolitik</b>	
Föderalismusdebatte	18
Magdeburger Beschlüsse	19
Postbeamte: Keine Zwangsversetzungen!	22
Verwaltungsmodernisierung	23
<b>Politik aktuell</b>	
EU-Erweiterung: Herausforderung für den öffentlichen Dienst	24
<b>Vorsorgewerk</b>	25
<b>EU aktuell</b>	26–27
<b>Mitgliederservice</b>	
Schlüsselerlebnisse!	29
<b>Frauen</b>	30–31
<b>Jugend</b>	32
<b>Senioren</b>	33
<b>dbb Online</b>	40
<b>Freizeit</b>	
Bergerlebnis Pitztal	41
<b>Tarifpolitik</b>	42–43
<b>Interview</b>	
Günter Verheugen, EU-Kommissar für die Osterweiterung	46–47

# Falsches Spiel der Länder bei Kompetenzgerangel

Auf Einladung des DSTG-Bezirksverbandes Baden tagte der Bundeshauptvorstand, das zweithöchste Beschlussorgan der Deutschen Steuer-Gewerkschaft zwischen den Gewerkschaftstagen, in Heidelberg.

Die mehr als 140 Delegierten und Gastdelegierten aus allen Teilen der Republik fassten richtungsweisende Beschlüsse auf allen Feldern der berufspolitischen Arbeit. Im Mittelpunkt standen die Bestrebungen der Bundesländer, im Rahmen der Föderalismusdebatte das Besoldungs- und Dienstrecht in eigene Zuständigkeit zu übernehmen und als Antwort das Reformmodell 21 des dbb. DSTG-Chef Dieter Ondracek erläuterte anhand von Beispielen, wie die Anwendung des dbb Reformmodells 21 auf die Finanzverwaltung aussehen könnte. DSTG-Bundesfrauenvertreterin Andrea Sauer-Schnieber formulierte die Kriterien, die aus Sicht der weiblichen, insbesondere in Teilzeit beschäftigten Kolleginnen im Reformmodell zu erfüllen seien. Intensiv erörtert wurden die bereits umgesetzten Arbeitszeitverlängerungen in Hessen

und Nordrhein-Westfalen für die Beamtenschaft sowie die weiteren geplanten Arbeitszeitverlängerungen, insbesondere die Auswirkungen der Kündigung des Arbeitszeittarifvertrages.

Die aktuellen Organisationsveränderungen in den Finanzverwaltungen der Länder sorgten ebenfalls für angeregte Diskussionen. Plastisch stellte Ondracek den Schweizer Modellversuch des papierlosen Finanzamtes vor, der im Bereich der Oberfinanzdirektion Stuttgart übernommen werden soll. Das Pilotprojekt der vereinfachten Einkommensteuererklärung für Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen wurde ebenfalls erläutert, wobei im BuHaVo die einhellige Meinung bestand, dass nur abgespeckte Formulare nicht zielführend sein können, sondern mit einem vereinfachten Steuerrecht einhergehen müssten. Die Auswirkungen

*Die Delegierten des gastgebenden Mitgliedsverbandes sitzen traditionsgemäß in der ersten Reihe: der Vorsitzende des Bezirksverbandes Baden, Kollege Markus Scholl (re.) und Kollege Gerd Huber (ehemaliger Vorsitzender des Bezirksverbandes Freiburg).*



gen des Europarechts auf die Steuerbeamtenausbildung, insbesondere die Abschlüsse Master/Bachelor und die Umklappung dieser Abschlüsse auf die Ausbildungspläne der Finanzverwaltung wurden ebenfalls erörtert. Die Vor- und Nachteile des Vorschlags von Bundesfinanzminister Hans Eichel, die Steuerverwaltungen der Länder als Bundesverwaltung zu übernehmen, um einen besseren Steuervollzug zu erreichen, wurden intensiv diskutiert.

Eingegangen wurde schließlich auch auf die im Licht der Besoldungs- und Dienstrechtsbestrebungen der Länder zu sehenden Pressekampagnen zur Verunglimpfung des öffentlichen Dienstes. Insbesondere wurde auf den „Stern“-Artikel von Anfang Mai, in dem ausgeführt wurde: „Die Staatsdiener ruinieren ihren Herrn“, eingegangen. Unmut löste auch das nicht repräsentative Ranking in der Zeitschrift „Capital“ aus.

Im Focus der Steuerpolitik standen das Alterseinkünftegesetz und insbesondere die Anwendbarkeit durch die Finanzämter angesichts der zu erwartenden 1,3 Mio. neuen Veranlagungsfälle.

Im Hinblick auf den Vorschlag von Bayern und Rheinland-Pfalz für eine Reform der Grundsteuer erläuterte Ondracek die Vorschläge der DSTG, nach denen ein einheitlicher Wert für Grundsteuer, Grunderwerbsteuer und Erbschaftsteuer ermittelt werden soll, der auch noch für weitere Steuerarten eine entsprechende Verwendungsbreite aufweist. Vorteil des DSTG-Modells ist vor allem die Beibehaltung des über Jahrzehnte angesammelten Grundstücksdatenbestandes, der im Hinblick auf eine risikoorien-

tierte Fallbearbeitung zunehmend an Wert gewinnen wird. Die beiden bekanntesten Vorschläge zur Veränderung des Umsatzsteuersystems, das sogenannte Mittler-Modell mit der Besteuerung auf der letzten



*Reinhard Portlu (Finanzpräsident bei der OFD Karlsruhe)*

Stufe als auch der von Bundesfinanzminister Hans Eichel favorisierte Wechsel von der Soll- zur Ist-Besteuerung mit Cross-Check-Verfahren wurden erörtert. Angesichts der 8,5 Mrd. jährlich abzugleichenden Rechnungen bzw. pro Finanzamt täglich 32 000 Rechnungen dürften Zweifel am Funktionieren des Cross-Check-Verfahrens, wenn es denn nach einer Änderung des Europarechts kommen sollte, angebracht sein.

In der öffentlichen Veranstaltung ging DSTG-Chef Dieter Ondracek eindrucksvoll auf die Schwachstellen der aktuellen Steuerpolitik ein und entlarvte die Hintergründe für die von den Ministerpräsidenten geplante Zuständigkeitsüberführung des Besoldungs- und

Dienstrechts in Länderkompetenz. Finanzpräsident Reinhard Portlu erläuterte den Stand der Verwaltungsreform und die weiteren geplanten Maßnahmen im Hinblick auf die Finanzverwaltung in Baden-Württemberg. Erfreulich war seine Aussage in diesem Zusammenhang, dass für die Umstrukturierungen

keine Unternehmensberater beschäftigt, sondern der bessere Sachverstand bei den Kolleginnen und Kollegen in der Finanzverwaltung vorhanden sei und nur abgefragt zu werden brauche. Fritz Kuhn, MdB von Bündnis 90/Die Grünen, ging auf die Übereinstimmungen mit der DSTG in steuerpolitischen

Ansichten ein und legte ein klares Bekenntnis ab, dass die Steuerverwaltung zum hoheitlichen Kernbereich gehört, in dem der Beamtenstatus grundsätzlich notwendig ist. Olav Gutting, MdB von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erläuterte die Unverzichtbarkeit des praktischen Sachverständes, den die DSTG bei den

Beratungen von Steuergesetzen einbringt, um diese umsetzbar zu gestalten. Horst Guckert von der FDP legte die steuerpolitischen Pläne seiner Partei dar, wobei im Hinblick auf die Forderung von Vereinfachungen des Steuerrechts Übereinstimmungen festgestellt werden konnten.

## Joachim Rothe feiert 60. Geburtstag

Der 60. Geburtstag des Landesvorsitzenden der DSTG Sachsen und stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Joachim Rothe, wurde am 7. Mai mit einem Empfang im Schloss Lichtenwalde bei Chemnitz gefeiert.



Neben der kompletten Bundesleitung der DSTG mit Dieter Ondracek an der Spitze, waren auch viele Bundesvorstandsmitglieder, der DSTG-Landesvorstand Sachsen und viele Ortsverbandsvorsitzende und Personalräte der Einladung gefolgt.

Selbst der sächsische Staatsminister der Finanzen, Dr. Horst Metz, ließ es sich nicht nehmen dem Jubilar persönlich zu gratulieren. Zu den Gratulanten der Finanzverwaltung Sachsens zählten

auch der Abteilungsleiter 1 im SMF, Norbert Görlich, der Oberfinanzpräsident Klaus Staschik und Finanzpräsident Gero Weber.

Nach der herzlichen Begrüßung durch den stellv. Landesvorsitzenden der DSTG Sachsen Günter Steinbrecht sprachen Finanzminister Metz, der Bundesvorsitzende der DSTG, Dieter Ondracek, und Oberfinanzpräsident Klaus Staschik in bewegenden Worten über die erfolgreiche gemeinsame Arbeit mit dem Jubilar in den zurückliegenden Jahren. Der Landesverband Sachsen hatte noch eine besondere „Laudatio“ für den Jubilar vorbereitet, welche seinen erfolgreichen Lebensweg und, zur allgemeinen Erheiterung der Anwesenden, die „besonderen“ Eigenschaften unseres Joachim Rothe nachzeichneten.

Der Jubilar dankte im Anschluss allen Gästen und Gratulanten für die vielen guten Wünsche und für die Hilfe, Unterstützung und Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Bei einem Glas Wein und einem Imbiss fand diese gelungene Veranstaltung in dem ansprechenden Ambiente des Schlosses Lichtenwalde einen würdigen Abschluss.

## Einig in Kiel: Ranking der Ämter ist unseriös

„Gegenwind in stürmischer Zeit“: Unter diesem Motto fand am 18. und 19. 5. 2004 der 20. Steuergewerkschaftstag der DSTG, Landesverband Schleswig-Holstein, in Rendsburg statt. Etwa 100 Delegierte aus den Ortsverbänden sowie die Mitglieder der Landesleitung folgten der Einladung, komplettiert von der Bundesleitung und Gästen aus den umliegenden Landesverbänden und aus Nordrhein-Westfalen.

Der Landesvorsitzende Karl-Sönke Jessen eröffnete „einen Gewerkschaftstag in einer schwierigen Zeit“ mit großen Veränderungen. Strukturreformen, neue Arbeitsmethoden stehen auf der einen Seite und auf der anderen Seite bleiben immer noch die alten Probleme mit der Steuergesetzgebung. Anspruch und Wirklichkeit driften ständig weiter auseinander. Und Rahmenbedingungen, die sich ständig verschlechtern.

Die Arbeitstagung begann mit der Vorlage des Geschäfts- und Kassenberichts, den obligatorischen Satzungsänderungen und der Wahl der Versammlungsleitung, die Regina Heick, Klaus Finke und Helmut Bonin übernahmen. Im Mittelpunkt des Vormittags standen die Wahlen zur Landesleitung. Mit der Wiederwahl des bisherigen Landesvorsitzenden Karl-Sönke

Jessen aus dem OV Schleswig begann der Reigen. Ihm folgte als Vertreterin Melanie Kasper vom OV Neumünster. Als Schatzmeister wurde Hans-Jürgen Hartmann vom OV Eutin bestätigt. Als Beisitzer wurden gewählt die Kollegen

**Nils Jessen**  
OV Kiel-Nord

**Dieter Pilz**  
OV Husum

**Wolfgang Prechel**  
OV Lübeck

**Dietrich Schiemann**  
OV Lübeck

**Joachim Schmidt**  
OV Kiel-Nord.

Verabschiedet wurden vom Landesvorsitzenden die bisherige Beisitzerin, Anja Kaulitzki, die aus privaten Gründen auf eine Kandidatur verzichtet hatte, und der Landesjugendleiter Kai Schröder, der auf dem nächsten Landesjugendtag ausscheidet.

Am Nachmittag wurde eine öffentliche Podiumsdiskussion zu dem Thema „Steuerverwaltung im Brennpunkt der Reformen“ mit Abgeordneten der im Landtag vertretenen Parteien veranstaltet.

Karl-Sönke Jessen begrüßte als Gäste die Abteilungsleiter aus dem Finanzministerium, Inge Carlsen, und den Leiter der allgemeinen Abteilung, Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser, als offi-



Der neue Landesvorstand des DSTG-Landesverbandes Schleswig-Holstein v.l.n.r.: Dietrich Schiemann, Wolfgang Prechel, Joachim Schmidt, Sönke Jessen, Melanie Kaspar, Hans-Jürgen Hartmann, Dieter Pilz und Nils Jessen

ziellen Vertreter des verhandelten Finanzministers und des Staatssekretärs. In einem kurzen Grußwort ging Schmidt-Elsaesser auf das Ranking der Finanzämter ein. Diese Aussagen stünden im völligen Widerspruch zu Untersuchungen anderer Unternehmen, z. B. der Bertelsmannstiftung. DSTG-Chef Dieter Ondracek, bewertete dieses Ranking als nicht seriös.

Die anschließende Podiumsdiskussion, die das gesamte Spektrum der Reformvorhaben abdecken sollte, beginnend mit der längst überfälligen Steuerreform, gestaltete sich ausgesprochen lebhaft mit einem hohen Unterhaltungswert. In kurzen Statements stellten die Parteienvertreter ihre Reformprogramme vor. Anna Schlosser-Keichel verwies auf das 10-Punkte-Programm der Landes-SPD und stellte klar, dass kein Raum für weitere Steuersenkungen sei. Die Abschaffung der Kraftfahr-

zeugsteuer, die Erbschaftsteuer und das Ehegatten-Splitting seien zentrale Punkte dieses Programms. Den zunehmenden, aus der Erweiterung der EU entstehenden Druck auf die Steuertarife nannte Peter Lehnert von der CDU als bedeutsame Herausforderung. Eine Harmonisierung wäre dringend erforderlich. Dr. Heiner Garg von der FDP zeigte den Weg in den Bettelstaat auf, sollte keine vereinfachte Steuergesetzgebung erfolgen. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, dass zunächst die KFZ-Steuer-Stellen in Schleswig-Holstein konzentriert würden, um dann die Steuer abzuschaffen. Martin Hentschel, der Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen, stellte die Sozialabgaben in der Bundesrepublik, die in ihrer Höhe eine Strafsteuer für die „kleinen Leute“ wären, in den Mittelpunkt. Mit einem Blick auf die Nachbarn Dänemark und Niederlande, die ihre Systeme erfolgreich umgestellt hätten, stellte Lars Harms vom SSW die Position seiner Partei dar. Die Umsatzsteuer, der sich keiner entziehen könne, sollte Hauptquelle der Staatseinnah-

men werden. Lohnnebenkosten als zentraler Standortnachteil müssten von einer Umlage- auf eine steuerfinanzierte Basis gestellt werden.

Ondracek sagte, die DSTG fordere bereits seit 25 Jahren die Abschaffung der KFZ-Steuer. Die allgemeine Steuerpflicht müsse an die Staatsbürgerschaft geknüpft sein und der § 30 a Abgabenordnung abgeschafft werden. Ohne Kontrolle funktioniere kein System und höhere Steuern würden eine höhere Betrugsanfälligkeit nach sich ziehen.

Die vorhandenen Steuergesetze müssen konsequent angewandt werden, 20 Milliarden Ausfälle allein bei der Umsatzsteuer zeigen deutlich die Mängel auf. Kein System käme ohne entsprechenden Personaleinsatz aus, so Karl-Sönke Jessen.

Im zweiten Teil stand die Reform der Steuerverwaltung in Schleswig-Holstein zur Diskussion. „Wann kommen wir zur eigentlichen Aufgabewahrnehmung?“ fragte Diskussionsleiter Klaus Finke zur Eröffnung der zweiten Runde.

Die Reformen, an denen die Betroffenen beteiligt wurden, gingen weiter, so Anna Schlosser-Keichel, sie würden aber keinen Personalabbau nach sich ziehen. Peter Lehnert stellte klar, dass bei einem Regierungswechsel die neuen Strukturen nicht ohne weiteres rückgängig gemacht werden könnten. Die errechneten Einsparpotenziale seien für ihn nicht nachvollziehbar und mehr Aufgaben durch mehr Steuergesetze bedingten mehr Personal.

Garg thematisierte den Beförderungsstau in der Steuerverwaltung und forderte die Aufstockung der Betriebsprüfung. Steuerreform und Verwaltungsreform seien getrennt zu betrachten. Die Berechnungen der DSTG hätten Hand und Fuß und hätten in der Konsequenz zur Beibehaltung der Standorte geführt, sagte Lars Harms. Das Wissen der Mitarbeiter vor Ort sei ein eminent wichtiger Faktor. Auch er plädierte für eine Verstärkung der Außendienste.

Zum Schluss machte der Landesvorsitzende noch einmal deutlich, dass bereits mit der Aufgabenanalyse und -kritik klargelegt wurde, dass das größte Arbeitsvolumen durch die Anwendung der Rechtsnormen vorgegeben wäre. Die Strukturreform ändere an diesem Zustand nicht einen Deut. Die Arbeiten wären mit einem Personalfehl von ca. 700 Kolleginnen und Kollegen zu erledigen. Die Reform stelle lediglich eine zusätzliche Belastung der Bediensteten dar.

Es sei eine Unsitte, dass man alles ändern wolle ohne wirklich zu wissen, was geändert werden solle, so der Bundesvorsitzende, Dieter Ondracek, in seinem Schlusswort.

Am zweiten Tag folgte die Beratung der Anträge, die die Politik des Landesverbandes in den nächsten vier Jahren begleiten werden.

# In Rheinland-Pfalz rückt Stefan Bayer auf Platz eins

Der DSTG-Landesverband Rheinland-Pfalz hat einen neuen Vorsitzenden: Die Delegierten des 20. Steuer-Gewerkschaftstages wählten Stefan Bayer (Ludwigshafen) an die Spitze. Der seitherige Vorsitzende Detlev Stoltz (Worms), der den DSTG-Landesverband zehn Jahre lang führte, hatte sich entschieden nicht mehr zu kandidieren.

Bei den Stellvertretern ergaben sich ebenfalls Veränderungen. Der bisherige Vertreter des höheren Dienstes im geschäftsführenden Vorstand, Werner Nägler, schied auf seinen Wunsch hin aus diesem Gremium aus. Für ihn wählten die Delegierten Gerhard Bißbort (Kaiserslautern) zu einem der stellvertretenden Landesvorsitzenden. Wieder gewählt wurden Günter Reinsbach (Koblenz), Joachim Meltzer (Trier) und Irena Oska (Oberfi-

nanzdirektion). Außerdem kam es im Kreis der Beisitzer im Vorstand zu Veränderungen. Neu in diesem Gremium ist Roswitha Götz (Trier), die den höheren Dienst vertritt. Elke Schwabl (Neustadt) wurde als Beisitzerin für den gehobenen Dienst ebenso wieder gewählt wie Rainer Gut (Neuwied), der die Laufbahn des mittleren Dienstes vertritt. Erstmals dem Landesvorstand gehört Markus Steup (Altenkirchen-Hachenburg) an, der sich auch den Angelegenheiten der Beamten des einfachen Dienstes annimmt. Beisitzerin für die Tarifangehörigen bleibt Dorothee Bersem (Mayen). Die Pensionäre und Rentner vertritt weiterhin Arno Moog.

Als Rechnungsprüfer sind auch in der neuen Wahlperiode Hans Schmidt (Daun) und Helmut Weber (Kaiserslautern) tätig.

*Detlev Stoltz gratuliert seinem Nachfolger Stefan Bayer.*



## Baden leicht gemacht mit VitaActiva Badewannen



**B**aden war nie angenehmer. Die VitaActiva Wanne mit der Tür garantiert täglichen entspannenden Badekomfort. Tür auf - Tür zu und der Badegenuß beginnt.

Unsere Kollektion bietet weite Türen und geräumige rutschfeste Sitze. Auf Wunsch erhalten Sie einen sicheren Sitzlift, ein Dusch-Set und weiteres Zubehör, wie einen belebenden Whirlpool. Selbstverständlich liefern wir die passende Farbe zu Ihrem bestehenden Bad.

VitaActiva bietet Ihnen umfassenden Service von der kostenlosen Beratung über die schnelle Lieferung bis zur fachgerechten Montage. Wählen Sie die Kollektion "Baden leicht gemacht" - wählen Sie VitaActiva.

Rufen Sie uns kostenlos an:

**0800 99 45 99 99**

**VitaActiva**

### Informationsgutschein

Ja, ich möchte mehr wissen über sichere Badewannen. Bitte schicken Sie mir mehr Informationen!

Name:

Telefon:

Straße:

PLZ:  Ort:

VitaActiva GmbH Pfingstweide 30 61169 Friedberg

# FrISChe Gesetze zur Reparatur zurückgerufen

Bundestag und Bundesrat haben sich Ende Mai nach einem kurzen Vermittlungsverfahren auf ein „Alterseinkünftegesetz“ geeinigt. Wie schon früher berichtet, sieht dieses – ungeachtet heftiger Kritik der DSTG und der dbb tarifunion – zusätzliche steuerliche Belastungen für Rentner wie auch für künftige Pensionäre vor und sorgt daneben für zusätzliche Arbeit bei den Veranlagungsstellen.

Dies war nur der erste Streich, denn der zweite folgt sogleich. Das Alterseinkünftegesetz war noch keine 24 Stunden in trockenen Tüchern, als im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages wieder eine Expertenanhörung zu weiteren geplanten Rechtsänderungen stattfand. Beabsichtigt sind u. a. Korrekturen beim Entlastungsbetrag für Alleinerziehende (§ 24 b EStG), beim Sonderausgabenabzug für

Ausbildungskosten sowie beim Gemeinnützigkeitsrecht. Bei der Anhörung am 26. Mai war die DSTG durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler vertreten, der den Abgeordneten Rede und Antwort stand.

Noch kein halbes Jahr ist er in Kraft und doch schon wieder soll der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende nach § 24 b EStG (der Nachfolger des Haushaltsfreibetrages) „repariert“ werden. Allen Beteuerungen für eine Vereinfachung zum Trotz: Allein bei dieser „Reparatur“ ist der neue Gesetzestext etwa doppelt so lange und schätzungsweise dreimal so kompliziert als vorher. „Dies bedeute keine Kritik am Entlastungsbetrag selbst“, wie die DSTG in ihrer Stellungnahme hervorhob, aber es gebe deutliche Zweifel an einer vernünftigen

Administrierbarkeit. So müsse das Finanzamt künftig z. B. sehr intime Fragen stellen, falls der oder die Alleinerziehende mit einer dritten Person in einer Wohnung lebe. Ärger mit dem Steuerzahler sei praktisch vorprogrammiert. Es sei aber auch systematisch verfehlt, wenn unter bestimmten Voraussetzungen auch Eheleute den Freibetrag für Alleinerziehende (!) bekämen.

Unterstützt hat Eigenthaler hingegen die geplante Erhöhung der abzugsfähigen Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung bis zu 4 000 Euro im Jahr pro Person. „Dies mache in vielen Fällen komplizierte Abgrenzungen zwischen Werbungskosten und Sonderausgaben überflüssig“. Heftig kritisiert wurde die DSTG von anderen Experten, die z. B. bei Aufwendungen für ein Erststudium bereits (vorweggenommene) Werbungskosten sehen wollen. Eigenthaler beschwor deshalb die Abgeordneten, es bei einer vernünftigen und praktikablen Lösung zu belassen und den Finanzämtern nicht auch noch Studenten „zuzutreiben“, nur damit diesen jahrelang Verlustvorträge zu bestätigen seien.

Beabsichtigt ist auch eine Änderung im Gemeinnützigkeitsrecht und zwar im Zusammenhang mit so genannten Fördervereinen. Seit 2001 setzt die Steuerfreiheit wegen Gemeinnüt-

zigkeit eines Fördervereins voraus, dass die Einrichtung bzw. Körperschaft, für die er Mittel beschafft, ebenfalls die formalen satzungsmäßigen Voraussetzungen für die Gemeinnützigkeit erfüllt. Damit sollte Missbrauch bekämpft werden. Sofern der Unterstützte ein Betrieb gewerblicher Art einer Körperschaft des öffentlichen Rechts ist (z. B. ein Museum), wird dies von der Praxis als zu formalistisch empfunden. Auch die DSTG sieht in diesen Fällen keine besondere Missbrauchsgefahr. Um die Körperschaftsteuerstellen nicht mit unnötigen Überwachungsfällen im Hinblick auf eine Gemeinnützigkeit zu belasten, hat die DSTG daher keine Einwände vorgetragen.

Am Rande der Anhörung wurde zusätzlich deutlich, dass wohl mit weiteren „Reparaturen“ – etwa im Bereich der so genannten Gesellschafter-Fremdfinanzierung – zu rechnen ist. Von einer grundlegenden Vereinfachung also nicht der Ansatz einer Spur!



Der Vorstand des DSTG-Landesverbandes Hamburg absolvierte einen Kurzbesuch in Berlin, um die Möglichkeiten zu sondieren, dass Ortsverbände mit ihrer Bundestagsabgeordneten Antje Blumenthal Kontakt aufnehmen können, die Bundesvorstandsmitglied der DSTG ist. In der DSTG-Bundesgeschäftsstelle informierte Bundesgeschäftsführer Rafael Zender über die aktuellen dienstrechtlichen und steuerpolitischen Entwicklungen und erläuterte die organisatorischen Möglichkeiten für Ortsverbandsbesuche.

# Personalratswahlen in NRW: „DSTG – worauf Sie sich verlassen können“

Am 25. 5. 2004 waren in NRW mehr als 32 000 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der Finanzverwaltung sowie dem Landesamt für Besoldung und Versorgung aufgerufen, ihre Personalräte neu zu wählen. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, als Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im besonderen Maße auch in der Personalratsarbeit engagiert, trat in allen Bereichen mit einer Mischung aus erfahrenen und jüngeren Kolleginnen und Kollegen an. Unter dem Motto „DSTG – worauf Sie sich verlassen können“ wurden die Kolleginnen und Kollegen durch Info-Material, Vorträge und eine Vielzahl

von Einzelgesprächen insbesondere auf der Ortsebene über die Möglichkeiten und Ziele der zukünftigen Personalratsarbeit in NRW informiert. Die Ergebnisse der Wahl machen deutlich, dass die so vermittelten Perspektiven die breite Zustimmung der Beschäftigten gefunden haben. Insgesamt entfielen (bei einer Wahlbeteiligung von 76 %) 83,2 % der abgegebenen Stimmen im Bereich der Stufenvertretungen auf die Listen der DSTG. Von den insgesamt im Haupt- und den drei Bezirkspersonalräten zu vergebenden 60 Personalratsmandaten werden in den kommenden vier Jahren 53 mit Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen der DSTG NRW besetzt werden. Klar, dass auch die Vorsitzenden der vier Stufen-

Die Ergebnisse im Einzelnen:			
	Wahlbeteiligung	DSTG/Sitze	ver.di/Sitze
Land (HPR)	75,6 %	83,3 %/13	16,7 %/2
Bezirk Düsseldorf	75,5 %	85,9 %/14	14,1 %/1
Bezirk Köln	75,0 %	78,8 %/12	21,2 %/3
Bezirk Münster	77,8 %	83,6 %/14	16,4 %/1
		53 Sitze	7 Sitze

vertretungen von der DSTG gestellt werden.

Besonders erfreulich war das Wahlergebnis der Angestelltengruppe im Bezirkspersonalrat Münster: Hier gelang es der DSTG erstmalig, alle drei möglichen Sitze zu erringen und damit die Konkurrenzgewerkschaft vollständig zu verdrängen.

Der Landesvorsitzende der DSTG, Werner Siggelkow dazu:

„Dieses fantastische Ergebnis im Land und in allen drei Bezirken verdanken wir den Kolleginnen und Kollegen, die mit ihrer Stimme unsere Arbeit unterstützen. Damit machen wir gemeinsam sowohl der Politik als auch der Verwaltung deutlich, dass die Beschäftigten der Finanzverwaltung eine starke Interessenvertretung haben und unterstützen.“ Der stellvertretende Bundesvorsitzende Manfred Lehmann äußerte, Qualität bringt Erfolg.

Die DSTG wertet dieses Ergebnis auch als Anerkennung für die Arbeit der vergangenen Jahre, in denen trotz schwierigster Rahmenbedingungen immer wieder deutliche Vorteile für die Beschäftigten erreicht werden konnten.

Kompetenz in Sachen Steuerrecht und Rechnungswesen		FBD BILDUNGSPARK	Katharinenstr. 18 70182 Stuttgart Tel.: 0711 2158-0 Fax: 0711 2158-122
Seminare für Azubis zum/zur <b>Steuerfachangestellten</b> (1 Woche)	1. Ausbildungsjahr 2. Ausbildungsjahr 3. Ausbildungsjahr	Osterferien Herbstferien Faschingswoche	
Vorbereitung zum/zur <b>BilanzbuchhalterIn</b>	Vollzeit oder berufsbegleitend	Beginn: Oktober Beginn: Oktober	
Arbeitsgemeinschaften für <b>Bilanzbuchhaltung</b>	monatlich	11 x im Jahr	
Vorbereitung zum/zur <b>BilanzbuchhalterIn International</b>	berufsbegleitend	Beginn: Juni	
<b>Steuerrechtsseminar</b> für qualifizierte MitarbeiterInnen im Steuerbüro oder Hochschulabsolventen	berufsbegleitend	Beginn: Oktober	
Vorbereitungslehrgänge zur Prüfung zum/zur <b>SteuerberaterIn</b>	Vollzeit (4 Monate) berufsbegleitend (12 Mon.)	Beginn: Mai/Juni Beginn: September	
	Paukkurs berufsbegleitend	Beginn: April	
	<b>Mündliche Prüfungssimulation</b>	<b>ab Januar</b>	
<p>■ Freecall 0800 00 222 11 E-Mail info-s@fbd-bildungspark.de · www.fbd-bildungspark.de</p>			

**Beamtendarlehen**  
Festzins ab 5,45% (Ges.Laufzeit)

Für alle Beamten a.L. über Lebensversicherung von 5.000,- € bis 100.000,- €.  
Auszahlung ab 100%  
Zins fest für gesamte Laufzeit 12-20 Jahre  
**effekt. Jahreszins ab 6,53%**

Bsp.: 20000,- € Beamter a.L. Leuth. 20 J.  
Zins 6,25%, 94%, Anz. 125, 6,97%  
€ 20.000,- mit Zins + LV € 178.40  
€ 95.000,- mit Zins + LV € 199.60

• Verwendung des Überschuld- und Gewinnanteils auch zur Laufzeitverlängerung möglich.

**Sonderkredit zum Ausgleich Ihres Direktkredits bis € 20.000,-**  
mit € 119,99 Leuthz. 120 Monate  
effektiver Jahreszins: 7,09%

• Sonderkonditionen auch an Arbeiter u. Angestellte des ö. D.  
• günstige Hypothekendarlehen

Personelles Anzeigebüro und Notizen  
☎ 044 98/93 82-0

*Schirmer & Partner*  
OHG Darlehensvermittlung  
27296 Hude - Legehörweg 5  
Fax 044 98/93 82-19

# Endspurt beim Reformprozess im Tarifrecht



Die Mitglieder der Tarifkommission im dbb forum in Berlin.

Die Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst stand im Mittelpunkt der 67. Sitzung der DSTG-Tarifkommission Ende März 2004 in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Die Tarifvertragsparteien hatten im Rahmen der Tarifrunde 2002 eine Prozessvereinbarung getroffen, wonach bis 2005 die Neugestaltung des Tarifrechts umzusetzen ist. Der Vorsitzende der Tarifkommission,

Helmut Overbeck, informierte die Mitglieder über den aktuellen Stand und die Arbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen und der Lenkungsgruppe. Auf der umfangreichen Tagesordnung standen auch Probleme im Zusammenhang mit den Öffnungsklauseln im Besoldungsbereich, Tarif- und Eingruppierungsfragen, die Situation in den ostdeutschen

Bundesländern, Arbeiter- und Organisationsangelegenheiten sowie die Solidarpaktverhandlungen in den östlichen Bundesländern.

## Ein Mann der ersten Stunde:

### Heinz Eckmann verabschiedet

Mit einem herzlichen Dank für sein stets kollegiales und freundschaftliches Engagement in der Tarifkommission wurde Heinz Eckmann aus der Tarifkommission verabschiedet. Heinz Eckmann war 27 Jahre lang Mitglied in der Tarifkommission und gehört damit zu den Männern der ersten Stunde, die den Tarifbereich in der DSTG aufgebaut haben. Über 40 Jahre war Eckmann Mitglied des örtlichen Personalrats beim Finanzamt Freiburg-Stadt und seit der Einführung der Stufenvertretung im Jahr 1969 auch Mitglied des Bezirkspersonalrates bei der



Der Vorsitzende der Tarifkommission, Helmut Overbeck (re.), verabschiedet Heinz Eckmann aus der Tarifkommission.

früheren OFD Freiburg. Über viele Jahre war er auch im Ortsverband aktiv und wurde im Jahr 1975 als Tarifvertreter in den Vorstand des Bezirksverbandes Südbaden (heute: Baden) gewählt, wo er bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst am 31. Dezember 2002 eifrig mitwirkte. Für dieses Engagement wurde er im Jahre 1998 zum Ehrenmitglied des Bezirksverbandes ernannt.



Die Ortsverbände Riesa, Meißen und Oschatz hatten sich in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin angesagt. Nach dem Bericht von DSTG-Bundesgeschäftsführer Rafael Zender über die aktuellen dienst- und steuerrechtlichen Entwicklungen auf Bundesebene informierte der stellv. DSTG-Bundesvorsitzende und Vorsitzende des DSTG-Landesverbandes Sachsen, Kollege Joachim Rothe, über die dienstrechtlichen Landesspezifika sowie die geplanten Strukturveränderungen in der sächsischen Finanzverwaltung.

## Schirmherrschaft für Marathon bitte melden

Wenn Sie hier jetzt die Einladung zur nächsten Deutschen Meisterschaft im Marathon oder Halbmarathon erwarten, werden Sie leider enttäuscht. Nach vier erfolgreichen Veranstaltungen in Regensburg, Karlsruhe, Steinfurt und Fulda mit insgesamt rund 1 000 Teilnehmern aus der Finanzverwaltung, fällt 2004 die Meisterschaft aus organisatorischen Gründen leider aus. Im Jahr 2005 soll aber ein neuer Anfang gemacht werden.

Die Kooperation mit einem kleinen bis mittleren Marathonveranstalter erscheint als

einzig sinnvolle Lösung. Das bedeutet, dass die Deutschen Meisterschaften der Finanzbehörden als gesonderte Wertung in einen Marathon- und Halbmarathonwettbewerb integriert werden. Geeignete Veranstaltungen finden in allen Regionen Deutschlands statt.

Innerhalb der Finanzverwaltung gibt es sicher viele Läuferinnen und Läufer, die selbst in einem Verein Volksläufe (mit-)organisieren. An sie richtet sich in erster Linie die Bitte: Helfen Sie mit, die gute Idee der Deutschen Marathon- und Halbmarathonmeisterschaften weiter



zu tragen! Sie können dabei auf das Know-how der bisherigen Veranstalter zurückgreifen. Die Finanzierung kann zum größten Teil durch einen Anteil am Startgeld gesichert werden. Im Einzelnen muss das allerdings mit dem jeweiligen Veranstalter vor Ort geklärt werden. Wenn Sie weitere Fragen zur Organisation der bisherigen Deutschen Marathonmeisterschaften haben, können Sie sich gerne an Axel Kleiner, Telefon (01 75/4 52 12 47) oder Paul Venker (01 71/5 25 53 30) wenden.

Bei den bisherigen Veranstaltungen haben die Oberfinanzpräsidenten aus Karlsruhe, Münster und Frankfurt die Schirmherrschaft übernommen. Diese Unterstützung hat sich als sehr sinnvoll und hilfreich erwiesen. Es wäre deshalb schön, wenn auch andere Oberfinanzpräsidenten oder Finanzminister diesem Beispiel folgen würden und die Schirmherrschaft für weitere Deutsche Marathon- und Halbmarathonmeisterschaften übernehmen würden.



Nach einem umfangreichen Programm bei den politischen Institutionen in der Bundeshauptstadt ließ sich der Ortsverband Köln-West (Groß- und Konzernbetriebsprüfung Köln) einen Besuch der Berliner Bundesgeschäftsstelle nicht entgehen.

## NWB – der führende Fachverlag für den Steuerprofi

NWB gehört zu den größten Fachverlagen in Deutschland. Steuerprofis aus Beratung, Wirtschaft und Verwaltung nutzen unsere mediengerecht aufbereiteten Buch-, Zeitschriften-, Software- und Internetangebote. Zu unserem umfangreichen Verlagsprogramm gehören der Klassiker „Neue Wirtschafts-Briefe“ ebenso wie die digitale Steuerrechtsdatenbank „NWB steuerXpert“.

Zum weiteren Ausbau der Redaktion „Neue Wirtschafts-Briefe“ suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt mehrere

## Redakteure (m/w)

mit Schwerpunkt Steuer- und Wirtschaftsrecht

**Ihre Aufgabe** Anhand der Entwicklung der Rechtsprechung und des Gesetzgebungsverfahrens ermitteln Sie den Informationsbedarf unserer Zielgruppen und bereiten die entsprechenden Inhalte mediengerecht auf. Sie erkennen neue Trends und entwickeln Ideen für innovative Produkte. Autorenmanagement und redaktionsübergreifende Projektarbeit bieten Raum für konzeptionelles und kreatives Arbeiten.

**Ihr Profil** Nach Ihrem Studium mit steuerrechtlichem Schwerpunkt haben Sie bereits einschlägige Berufserfahrungen – idealerweise in einem Verlag – gesammelt. Sie denken kundenorientiert und handeln verantwortungsbewusst.

**Ihre Chance** Das Thema Steuer- und Wirtschaftsrecht begeistert Sie? Nutzen Sie die Möglichkeiten, die Ihnen ein modernes Verlagshaus mit flachen Hierarchien und kurzen Entscheidungswegen bietet. Ein erfahrenes Team mit motivierten Mitarbeitern freut sich auf Sie – in einer Region, wie sie spannender kaum sein könnte. Vorbildliche Sozialleistungen und ein attraktives Gehalt sind für uns selbstverständlich.

Bewerben Sie sich, wenn wir Interesse geweckt haben. Bitte vergessen Sie nicht, uns in Ihren vollständigen Bewerbungsunterlagen den frühesten Eintrittstermin und Ihre Gehaltsvorstellungen mitzuteilen.

Verlag Neue Wirtschafts-Briefe

Personalleitung

Herrn Martin Balsliemke  
Eschstraße 22, 44629 Herne  
Telefon: (0 23 23) 141 310  
E-Mail: perso@nwb.de

**nwb** VERLAG NEUE  
WIRTSCHAFTS-BRIEFE  
44621 HERNE  
www.nwb.de

# Grüner Pfeil: Erst warten – dann starten

Ampeln helfen, unter anderem gefährliche Kreuzungen zu entschärfen. Das gelingt ihnen allerdings häufig nicht, ohne den Verkehrsfluss zu beeinträchtigen. Je nach Fahrzeugaufkommen kann sich dann an einer Signalanlage schnell ein Stau bilden.

Um das zu vermeiden, hat der Gesetzgeber vor nunmehr elf Jahren den in der DDR bereits seit 1978 existierenden grünen Pfeil, ein 25 mal 25 Zentimeter großes Hinweisschild, bundesweit eingeführt. Eine durchaus sinnvolle Regelung, die das Rechtsabbiegen trotz Rotlichts ermöglicht. Die Fachleute der DBV-Winterthur Versicherungen weisen jedoch darauf hin, dass an Ampeln mit grünem Pfeil bestimmte Regeln eingehalten werden müssen:

Zunächst an der Haltelinie stehen bleiben und auf Fußgänger und Radfahrer achten.

Wenn alles frei ist, langsam bis zur Sichtlinie vorrollen.

Kommen weder Querverkehr noch Fußgänger, die über die Straße wollen, darf nach rechts abgebogen werden.

Oft kann man beobachten, dass wie am grünen Ampellicht für Rechtsabbieger die Fahrt ohne Unterbrechung fortgesetzt wird. Ein Verhalten mit eventuell teuren Konsequenzen (bis zu 60 Euro) und Punkten (drei) in Flensburg. Also, am grünen Pfeil erst warten – dann starten...



Der Ortsverband Pirmasens statete mit einer starken Mannschaft einen Besuch in Berlin ab. DSTG-Chef Dieter Ondracek begrüßte die Kollegen persönlich in der DSTG-Bundesgeschäftsstelle und informierte sie über die neuesten dienst- und steuerpolitischen Entwicklungen.

## Tauschcke

- StI'in z. A. aus Baden-Württemberg (Finanzamt Esslingen OFD Stuttgart) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Sachsen-Anhalt / Thüringen oder Brandenburg. Bitte melden unter Tel. 0 39 46 / 90 14 76 oder jaeger.christiane@web.de.
- Steuersekretärin z. A. (A 6) Finanzamt Wiesbaden II (OFD Frankfurt/Main), sucht dringend aus privaten Gründen einen Tauschpartner im Bereich der OFD Koblenz. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Auch Ringtausch möglich. Tel. 0 63 84 / 66 36 oder 01 75 / 40 35-7 27, E-Mail: KatjaM.1984@gmx.de.
- A 11 aus Hessen sucht Tauschpartner aus Baden-Württemberg (OFD Karlsruhe) Versetzungsantrag ist gestellt. E-Mail: Jasmin\_Weidner@schroff.de, Tel. 01 60 / 98 30 55 52.
- Welche/r Steueroberinspektor/in (A 10) aus Niedersachsen (OFD Hannover) sucht einen Tauschpartner aus Nordrhein-Westfalen (OFD Düsseldorf)? Tel. 01 76 / 21 00 60 94.
- StOS'in aus NRW (OFD Münster – FA Siegen) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus dem Bereich der OFD Düsseldorf (Köln). Bevorzugte FÄ: Bonn Innen- oder Außenstadt, Siegburg, St. Augustin. Tel. 02 71/4 89 04 40.
- Steueramtfrau (A 11) aus NRW, OFD Münster (GKBP Bielefeld) sucht aus privaten Gründen einen Tauschpartner aus Baden-Württemberg (OFD Karlsruhe), Rheinland-Pfalz (OFD Koblenz) oder Hessen (OFD Frankfurt/M.). Versetzungsantrag ist gestellt. Bevorzugte FÄ: Heidelberg, Schwetzingen, Mannheim, Speyer, Ludwigshafen, Bensheim. Tel. 05 21 / 5 48 14 17.
- Welcher A 9er aus Rheinland-Pfalz möchte in den Bereich der OFD Köln wechseln? Bitte meldet euch dringend unter Tel. 01 72 / 2 14 98 62 oder Mail an Patricia.Malcherek@mediatec.biz.
- Steueramtfrau (A 11) aus Hessen sucht Tauschpartner aus Rheinland-Pfalz (A 11 oder A 10). Auch Ringtausch von Niedersachsen, Baden-Württemberg oder Bayern nach Hessen. Tel. 0 69 / 25 45-28 47.
- Steuersekretärin, A 6, sucht Austauschpartner im Raum OFD Nürnberg für OFD Köln. Tel. 0 95 21 / 61 04 74.

## An Ihrer Gesundheit sollte nicht gespart werden!



Egal ob Sie gesetzlich versichert oder beihilfeberechtigt sind, die Kostenbeteiligung der Patienten steigt. Private Vorsorge wird immer wichtiger.

Seit Jahren bietet die Debeka sowohl Beamten als auch gesetzlich Krankenversicherten vielfältige Versicherungsmöglichkeiten, individuell abgestimmt auf den persönlichen Bedarf.

Möchten auch Sie von den hohen Leistungen und günstigen Beiträgen profitieren? Dann entscheiden Sie jetzt über Ihre persönliche Krankheitsvorsorge und sprechen Sie mit uns. Wir unterbreiten Ihnen einen Versorgungsvorschlag.

### Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.  
Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil.

Hauptverwaltung: Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18,  
56058 Koblenz, Telefon (0261) 498-1399,  
Fax (0261) 498-41402, Internet [www.debeka.de](http://www.debeka.de)

Die Debeka-Gruppe –  
überzeugende  
Testergebnisse!

### Capital

4/04, 1/04, 25/03

### FINANZtest

12/03, 11/03, 10/03